

KURZ UND PRÄGNANT

Stadtumbau muss weitergehen

„Ohne endgültige Lösung der Altschuldenproblematik kann die ostdeutsche Wohnungswirtschaft die neuen Herausforderungen nicht bewältigen“, so MdL Heidrun Sedlacik. In Thüringen steht bis 2013 ein Altschuldenhilfe-Volumen von 174 Millionen Euro für den Rückbau von 43.000 Wohneinheiten zur Verfügung, davon seien bereits 150,2 Millionen Euro (86,3 Prozent) abgerufen und 37.310 Wohneinheiten rückgebaut worden. Bis 2013 sollen weitere 23,8 Millionen Euro fließen. „Der Stadtumbau muss aber darüber hinaus fortgeführt werden“, fordert die Wohnungspolitikern und verweist auf den Vorschlag der Linksfraktion, die Thüringer Wohnungsunternehmen durch Überführung ihrer Altschulden in einen Landesfonds zu unterstützen. ■

Bahn dreht an Preisspirale

Am 11. Dezember werden Fahrkarten im Fernverkehr 3,9 Prozent und im Nahverkehr durchschnittlich 2,7 Prozent mehr kosten. Auch bei Bahncardpreisen und Sitzplatzreservierungen wird kräftig zugelegt. „Aber keine Spur von Charmeoﬀensive, kaum zusätzliche Züge für den Winterfernverkehr, übervolle Bahnen auf der Strecke zwischen Erfurt und Jena, fehlendes Personal und wenig Unterstellmöglichkeiten bei schlechter Witterung“, kritisierte MdL Dr. Gudrun Lukin. Zudem räche es sich, dass „jahrelang die Infrastruktur der Bahn auf Verschleiß gefahren wurde, dass in diesem Jahr zudem noch die Bundesregierung 500 Millionen Euro Bahngewinne zum Stopfen von Haushaltslöchern einbehalten hat. Eine kundenorientierte, preiswerte und umweltfreundliche Bürgerbahn sollte endlich das politische Ziel sein, die bisherige Bahnprivatisierungspolitik ist in eine Sackgasse gerollt.“ ■

CDU ohne Führungsanspruch

„Mit ihrer Entscheidung, in dieser Legislaturperiode weder ein Leitbild noch eine Gebietsreform für Thüringen auf den Weg zu bringen, hat die Thüringer CDU ihren eigenen Führungsanspruch aufgegeben“, sagte MdL Frank Kuschel. Sie bleibe bei ihrer Blockadehaltung und Denken aus dem letzten Jahrhundert. „Die SPD muss nun entscheiden, wie lange sie noch diese Politik des Nichtstuns mittragen will“, so der Linkspolitiker. Die Chance, die sich aus der Bereitschaft der Bürger, eine solche Reform mit zu tragen, ergebe, dürfe nicht vertan werden. Eine so agierende Partei sei nicht in der Lage, dieses Land in die Zukunft zu führen. ■

Die Politik und die Kali-Lobby - „ein Drama in mindestens vier Akten“

MdL Katja Wolf in der Aktuelle Stunde auf Antrag der LINKEN zum „Sondervermögen Ökologische Altlasten“

Die Geschichte ließe sich wunderbar in ein Theaterstück bringen. Der Titel wäre aus meiner Sicht passend mit „Die Politik und die Kali-Lobby“ - ein Drama für den Steuerzahler in mindestens vier Akten.

Erster Akt - Untergang der DDR-Kaliindustrie und deren Vertingeln durch die Treuhandanstalt: Das Ganze gipfelt mit dem Höhepunkt der Unterzeichnung des Kalifusionsvertrages im Jahre 1993. Schon hier wird der Spannungsbogen deutlich, keiner kennt den Vertrag wirklich. Aber wir wissen, er beinhaltet die Säuberung des Weltmarktes. Herr Vogel - ehemaliger Ministerpräsident - drückte das sehr passend aus mit der Formulierung, es wird deutlich die hässliche Fratze des Kapitalismus.

Der zweite Akt im Jahr 1999 - der Abschluss des Generalvertrages mit dem schönen Titel „Der Generalvertrag über die abschließende Finanzierung der ökologischen Altlasten im Freistaat Thüringen“: Hier vertraglich geregelt, dass Thüringen 450 Mio DM vom Bund pauschal erhält, wobei aus meiner Sicht das Ganze im Zusammenwirken mit dem Fusionsvertrag eines deutlich macht: Beide Verträge zusammen ergeben eine fantastische Mischung, einer ist immer auf dem Sonnendeck, nämlich Kali+Salz, und einer immer an den Rudern, nämlich der Steuerzahler.

Kali+Salz erhält in diesem Generalvertrag eine fast allumfassende Freistellung von Sanierungskosten in allen DDR-Bergwerken und einen Rechtsanspruch auf die Finanzierung der Bergsicherheit und damit eben nicht ir-

gendwo mit einer Deckelung oder endgültigen Finanzierung, nein, wirklich alle entstehenden Kosten. Und wir sprechen hier von Ewigkeitskosten.

Die Formulierungen zu Neuverhandlungen sind - und da gebe ich gern, wenn Kollegen den Vertrag nicht dabei haben oder ihn nicht kennen, ihn hier auch zur Kenntnis - eindeutig. Neuverhandlungen sind nämlich nur



möglich nach zehn Jahren mit Ablauf einer Frist von einem Jahr, also am Ende mit elf Jahren. Das ist aus meiner Sicht im letzten Jahr vorbei gewesen, diese Frist ist abgelaufen.

Wir kommen beim dritten Akt unseres zugegeben nicht besonders amüsanten Theaterstücks - das Geständnis - an: Wir haben Ende des letzten Jahres erlebt, wie die Landesregierung hier - ich will fast sagen - gekrochen kam mit dem Geständnis „Das Geld ist alle“ und eine Aufstockung der Mittel beschlossen werden musste.

Damit sind wir schon beim vierten Akt, der derzeit scheinbar kopflosen Verzweiflung: Alle Zahlungen an Kali+Salz wurden trotz deren Rechtsan-

spruchs derzeit gestoppt und mit dem Bund wird ein Rechtsstreit offensichtlich begonnen. Mein Fazit: Kali+Salz ist offenbar immer auf der Gewinnerseite. Das Risiko liegt derzeit einseitig beim Land. Gewinner - das will ich dazusagen - sind offensichtlich auch die Juristen, weil wir bei dem gigantischen Streitwert hier mit juristischen Kosten rechnen, die uns allen einfach die Ohren schlackern lassen.

Konkret bedeutet das: Wir leben derzeit schon mit einem Sondervermögensdefizit von ca. 44 Mio. Euro. Schätzungen bis 2016 gehen bis auf 218 Mio. Euro hoch, wobei die Schätzung seriös kaum möglich ist. Die aktuelle Haushaltsdiskussion wird damit irgendwo zur Farce, weil es hier natürlich ein Schattenhaushalt ist. Die Folgen trägt einseitig der Thüringer Steuerzahler, das will ich ausdrücklich sagen, weil die Verantwortung ganz klar die CDU-Landesregierung von 1990 an trägt. Ich will hier im Besonderen noch mal Herrn Stephan Illert nennen, der ausdrücklich einseitig zugunsten von Kali+Salz verhandelt hat. Die Verantwortung trägt die Landesregierung.

Zum Schluss will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir die Offenlegung des Kalifusionsvertrages fordern. Ohne die Kenntnis dieses Vertrages wird es mit uns keine weiteren Verhandlungen über Aufstockung von Mitteln geben. Wir fordern Gespräche auf Spitzenebene, weil alles andere aus unserer Sicht derzeit keinen Sinn mehr bringt.

Archivfoto: Bischofferode 1993 ■

Volksbegehren im Landtag übergeben

„Die Übergabe von rund 25.000 geprüften Unterstützungsunterschriften im Zuge des Zulassungsantrages für das Volksbegehren 'Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben' an die Landtagspräsidentin ist ein beeindruckender Beleg für starkes Bürgerengagement“, sagte MdL Frank Kuschel und betonte, dies „belegt, dass die Probleme bei der Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen auch nach 20 Jahren noch ungelöst sind“. Die gesetzliche Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge sei längst überfällig. „DIE LINKE hat hierfür seit mehr als 15 Jahren im Landtag immer wieder parlamentarische Initiativen ergriffen, die jedoch bisher an der Blockadehaltung von CDU und SPD gescheitert sind. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass die Bürger das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen



und die ungerechte Beitragserhebung über ein Volksbegehren klären.“

Begrüßenswert ist, dass die Initiatoren des Volksbegehrens nicht nur einfach die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge fordern, sondern alternative Finanzierungsvorschläge unterbreitet haben. „Umso mehr sollte die Landtagspräsidentin dem Anliegen des Volksbegehrens Rechnung tragen und es zulassen“, betont der Landtagsabgeordnete. DIE LINKE wird das Volksbegehren intensiv unterstützen. ■

Kritik am „Trojaner“

Katharina König, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Jugendpolitik und Antifaschismus, beantwortete einen Offenen Brief der Piratenpartei. Die Linksfraktion teile nicht nur die öffentliche Kritik an dem bekanntgewordenen Einsatz der staatlichen Überwachungssoftware („Trojaner“), so König, sondern kritisiere das faktische Vorhandensein derartiger Software und ebenso die gesetzlichen Grundlagen zur sogenannten Onlineüberwachung. Die Fraktion habe sofort nach Bekanntwerden der aktuellen Vorwürfe von der Landesregierung Aufklärung darüber gefordert, ob Thüringer Landesbehörden, z.B. das Landeskriminalamt, das Landesamt für den Verfassungsschutz oder auch Staatsanwaltschaften derartige Software entwickelt haben, darüber verfügen oder sogar einsetzen, betonte die Abgeordnete.

Brief an die Piratenpartei Thüringen sowie weitere Links unter: <http://www.die-linke-thl.de/nc/politik/aktuell/> ■